

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat  
CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln

An den Vorsitzenden des  
Jugendhilfeausschusses  
Herrn Dr. Ralf Heinen

Frau Oberbürgermeisterin  
Henriette Reker

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 25.05.2022

**AN/1131/2022**

**Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

| <b>Gremium</b>       | <b>Datum der Sitzung</b> |
|----------------------|--------------------------|
| Jugendhilfeausschuss | 31.05.2022               |

**OGS Plätze**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

Der Rechtsanspruch auf eine ganztägige Betreuung in der Grundschule wird zum 01.08.2026 beginnend mit den Schüler\*innen der 1. Klasse bundesweit umzusetzen sein. Qualitätsmerkmale und Mindeststandards sind noch nicht bekannt, da das Ausführungsgesetz in NRW noch nicht vorliegt.

Trotz eines hohen Anteils an OGS-Plätzen in der Stadt Köln wird der Rechtsanspruch mit großen Herausforderungen verbunden sein, u.a. um die notwendigen Raumkapazitäten und das Fachpersonal zur Verfügung zu stellen.

Dies gilt umso mehr, da die Versorgungsquote an OGS-Plätze in den Stadtteilen weiterhin sehr unterschiedlich ist. In den Stadtbezirken 6-9 sind die Versorgungsquoten unterdurchschnittlich. Hierzu heißt es in der Vorlage 0219/2022 zudem, dass „weiterhin die Tendenz erkennbar (ist), dass in Stadtteilen, welche Wohnbereiche mit besonderem Jugendhilfebedarf umfassen, die tatsächliche Versorgungsquote teilweise geringer ausfallen als in anderen Stadtteilen.“ In der Vorlage wird ferner beschrieben, wie die Verwaltung sich auf die Umsetzung des Rechtsanspruches vorbereitet.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um die Beantwortung der nachfolgenden Fragen:

1. Wie hat sich die Zahl der OGS-Plätzen in den letzten fünf Jahren in den Stadtbezirken 6-9 entwickelt? (Aufschlüsselung nach Stadtteilen)
2. Seit längerer Zeit versucht die Verwaltung auch Räumlichkeiten im Sozialraum zu erschließen. Wo ist dies gelungen und wie schätzt die Verwaltung das noch vorhandene Potential vor allem in den Stadtbezirken 6-9 ein?
3. Wird die Verwaltung bei dem notwendigen Ausbau der OGS-Plätze mit Kriterien wie vergleichsweise hohe Unterversorgung oder hoher Jugendhilfebedarf priorisieren?
4. Steht die Verwaltung mit dem Ministerium für Schule und Bildung im Austausch zu Qualitätsstandards eines Ausführungsgesetzes oder plant die Verwaltung, der neuen Landesregierung Vorschläge für Qualitätsstandards für die Ganztagsbe-

treuung in Schulen zu unterbreiten? Welche Forderungen und Wünsche werden hier vorgebracht?

Mit freundlichen Grüßen

gez.  
Lino Hammer  
Grüne-Fraktionsgeschäftsführer

gez.  
Niklas Kienitz  
CDU-Fraktionsgeschäftsführer